Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8052**
14. Wahlperiode 23. 01. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Uwe Hiksch, Eva-Maria Bulling-Schröter, Gerhard Jüttemann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6791 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Handwerksordnung

A. Problem

Erleichterung von Existenzgründungen im Handwerk und Erhöhung der Zahl der ausbildungsfähigen handwerklichen Betriebe.

Schaffung der Möglichkeit eines berufsbegleitenden Erwerbs des „großen Befähigungsnachweises“ (Meisterbrief).

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion der PDS.

Mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6791 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Karl-Heinz Scherhag**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Karl-Heinz Scherhag

I.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6791 – wurde in der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Um Existenzgründungen zu erleichtern und damit die Zahl der ausbildungsfähigen Betriebe zu erhöhen sowie Betriebsschließungen aufgrund von Abmahnverfahren und Bußgeldern zu verhindern, soll der „große Befähigungsnachweis“ (Meisterbrief) auch nach der Existenzgründung berufsbegleitend erworben werden können. Die Neuregelung soll die freie Berufsausübung erleichtern. Durch die Klarstellung soll sichergestellt werden, daß sich das deutsche Handwerk im zunehmenden internationalen Wettbewerb besser behaupten und entwickeln kann.

Durch die Möglichkeit der erleichterten Existenzgründung soll die Schattenwirtschaft massiv eingeschränkt werden.

Gleichzeitig soll über so eine erleichterte Existenzgründung eine schnellere Lösung zu der Frage des bevorstehenden Generationenwechsels im Handwerk gefunden werden.

III.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 107. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 83. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Gesetzentwurf in seiner 70. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/6791 – zu empfehlen.

Berlin, den 12. Dezember 2001

Karl-Heinz Scherhag
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333